

Krieg und Nachkrieg: Auswanderung aus Deutschland 1914–1950

Von Jochen Oltmer

Meine Damen und Herren,

eine erkenntnisleitende Orientierung im Blick auf die langfristige Entwicklung von Migration und Migrationspolitik im 19. und 20. Jahrhundert bietet der Rückgriff auf die Phaseneinteilung des historisch informierten ungarischen Migrationsstatistikers Imre Ferenczi. Er unterschied 1930 in einer Studie über ›Kontinentale Wanderungen und die Annäherungen der Völker‹ zwei Phasen:

Als eine Phase ungebundener »proletarischer Massenwanderungen« galt Ferenczi die Epoche zwischen dem Ende der napoleonischen Kriege und dem Beginn des Ersten Weltkriegs. Sie sei gekennzeichnet gewesen durch ›freie‹, von staatlich-administrativer Seite kaum behinderte und nur selten gelenkte grenzüberschreitende Migration. Diese Phase, die das gesamte sogenannte ›lange‹ 19. Jahrhundert umspannt, führte, von vielfältigen kontinentalen Zu- und Abwanderungsbewegungen abgesehen, über 50 Millionen Europäer nach Übersee, mit rund 40 Millionen weitaus überwiegend in die Vereinigten Staaten.

Die nächste Phase, die Epoche nach dem Ersten Weltkrieg, hingegen sei geprägt, so die Typologie des Zeitgenossen Ferenczi, durch »sozialpolitisch geregelte und zwischenstaatlich geordnete« Wanderungen. Die aus Rußland stammenden, im deutschen Exil lebenden Migrationsforscher Alexander und Eugen Kulischer schlossen sich in ihrem 1932 erschienenen Buch über ›Kriegs- und Wanderzüge. Weltgeschichte als Völkerbewegung‹ dieser Phaseneinteilung Ferenczis im Grundzug an. Sie wiesen ebenfalls auf die wesentliche Epochen-scheide des Ersten Weltkriegs hin.

Allerdings blieb ihre Perzeption der Entwicklung von Wanderungen und Wanderungspolitik wesentlich weniger optimistisch: Dort, wo Ferenczi im Titel seiner Studie von der Bedeutung von Wanderungen für die ›Annäherung der Völker‹ spricht, heben die Gebrüder Kulischer auf das Verhältnis von ›Kriegs- und Wanderzügen‹ ab. Sie kommen auch zu einem ganz anderen Ergebnis bei einer Typologie der Migrationsverhältnisse nach 1918 als Ferenczi:

Nicht sozialpolitische Regelung und zwischenstaatliche Ordnung habe nach 1918 das Wanderungsgeschehen Europas geprägt, so die Gebrüder Kulischer in Auseinandersetzung mit Ferenczi. Vielmehr hätten sich »ganze Bevölkerungen in Bewegung gesetzt, getrieben durch Krieg, Revolution, Hunger, wahre Horden hungernder Flüchtlinge«. Das sei zum Teil geschehen »in Verbindung mit der schönen Sozialpolitik der gewaltsamen ›zwischenstaatlich‹ verpflanzten Volksmassen: ein Wiederaufleben der alten Formen der bewaffneten Landnahme und kriegerischen Vertreibung der Bevölkerung. Man kann eine vernünftige internationale Regelung der Wandererbewegungen befürworten, es ist aber schädliche Schönfärberei zu glauben, daß bis jetzt auch nur die leiseste Annäherung zu verspüren wäre«.

Migration vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg in Europa: »Annäherung der Völker durch sozialpolitisch geregelte und zwischenstaatlich geordnete Migrationen« oder die »schöne Sozialpolitik der gewaltsam ›zwischenstaatlich‹ verpflanzten Volksmassen« mit »wahren Horden hungernder Flüchtlinge? Die Einschätzungen der Gebrüder Kulischer und derjenigen von Ferenczi zum Charakter des Wanderungsgeschehens nach dem Ersten Weltkrieg sind zwar konträr. Sie verweisen aber letztlich zugleich auf zwei wesentliche zeitgleiche Entwicklungsstränge der Epoche nach dem Ersten Weltkrieg. Und sie definieren darüber hinaus Unterscheidungsmerkmale im Vergleich zum ›langen‹ 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg, die für die Veränderung der Migrationsverhältnisse insgesamt von entscheidender Bedeutung sind.

Migrationen waren europaweit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg immer weniger nur unregelmäßige sozioökonomische Erscheinungen und immer mehr auch 1. politisch gesteuerte und 2. politisch bedingte Phänomene:

1. Die Migrationsverhältnisse Europas wurden zunehmend stärker durch migrationspolitische Kontrolle, Steuerung und protektionistische Abgrenzung bestimmt. Der durch den Ersten Weltkrieg beschleunigte Wandel europäischer Länder zu modernen Interventionsstaaten trug entscheidend dazu bei, daß staatliche Kontrolle und Lenkung das europäische Wanderungsgeschehen der Zwischenkriegszeit weithin formten.

2. Politisch bedingte, mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und den Staatenbildungsprozessen in seiner Nachfolge in unmittelbarem Zusammenhang stehende Zwangswanderungen (Flucht, Umsiedlung, Vertreibung) gewannen in der Zwischenkriegszeit erheblich an Bedeutung. Die drei europäischen Kaiserreiche fanden ihr Ende. Die Friedensverträge, die den Ersten Weltkrieg formell beendeten, führten zu einer weitreichenden Verschiebung der politischen Ordnung in Europa. Vierzehn neue Staaten entstanden, Außengrenzen in einem Umfang von 11.000 km kamen damit in Europa neu hinzu. Minderheiten wurden zu Mehrheiten, Mehrheiten zu Minderheiten. Mit dem Ersten Weltkrieg und vor allem der unmittelbaren Nachkriegszeit erreichte das 20. ›Jahrhundert der Flüchtlinge‹ seinen ersten Höhepunkt: Massenfluchtbewegungen begleiteten vor allem den russischen Bürgerkrieg und die Staatenbildungen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa. Sie zielten vor allem auf West- und Mitteleuropa. Die nationalsozialistische Diktatur, der Zweite Weltkrieg und die unmittelbar auf ihn folgende Phase bildeten dann den zweiten Höhepunkt.

Diese grundlegenden Veränderungen in den europäischen und deutschen Migrationsverhältnissen mit und nach dem Ersten Weltkrieg waren auch für das Auswanderungsgeschehen von zentraler Bedeutung, wie ich im folgenden kurz näher erläutern möchte.

1914 ging das Jahrhundert der europäischen überseeischen Massenauswanderungen zu Ende. Mit Kriegsbeginn sank die transatlantische Auswanderung sehr stark ab; denn beinahe alle wichtigen europäischen Herkunftsländer waren am Krieg beteiligt. Im Jahrfünft von 1906 bis 1910 hatte die jährliche europäische überseeische Auswanderung bei knapp 1,4 Millionen Menschen gelegen. Auch im folgenden Jahrfünft von 1911 bis 1915 sank die jährliche Auswanderung mit über 1,3 Millionen nur ganz leicht ab. Zwischen 1916 und 1920 aber ging dann die Auswandererzahl massiv auf ein Drittel zurück und erreichte im Durchschnitt pro Jahr nur mehr 431.000.

In der Zwischenkriegszeit stiegen die europäischen Auswandererzahlen dann allerdings zunächst erneut klar an. In den 1920er Jahren lag bei einer Gesamtauswanderung von etwa 6,9 Millionen Menschen die durchschnittliche europäische Auswandererzahl pro Jahr mit knapp unter 700.000 erheblich höher als im durch den Ersten Weltkrieg geprägten vorangegangenen Jahrfünft. Aber dennoch erreichte sie nicht mehr als die Hälfte der durchschnittlichen Jahresraten des Vorkriegsjahrzehnts. In den 1930er Jahren wiederum sanken die Ziffern angesichts der Weltwirtschaftskrise erneut massiv ab: Zwischen 1931 und 1940 waren europaweit nur mehr 1,2 Millionen überseeische Auswanderer registriert worden – und damit nur ein Fünftel des Wertes der 1920er Jahre. Mit einer durchschnittlichen jährlichen europäischen Auswanderung von 120.000 Menschen wurden die niedrigsten Werte der gesamten einhundert vorangegangenen Jahren erreicht. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs lief die Auswanderung dann völlig aus.

In den 1920er Jahren bildete Deutschland einen wichtigen Ausnahmefall in der Entwicklung der überseeischen Auswanderung; denn die deutschen Auswandererzahlen stiegen massiv im Vergleich zur Vorkriegszeit an. In der Gruppe der wichtigsten europäischen Auswanderungsländer rückte Deutschland in den 1920er Jahren aufgrund einer Verdoppelung zum Vergleichswert vor dem Ers-

ten Weltkrieg an die fünfte Stelle hinter die Britischen Inseln, Italien, Portugal und Polen.

Zwischen 1919 und 1932 wanderten insgesamt rund 600.000 Deutsche in überseeische Länder aus. Der Höhepunkt lag Anfang der 1920er Jahre: 1921 gingen mehr als 24.000 Menschen nach Übersee, 1922 dann fast 37.000. 1923 schossen die Zahlen sehr deutlich nach oben. Sie erreichten mit über 115.000 einen Jahreswert, wie er zuletzt die Auswanderungswelle der 1880er und frühen 1890er Jahre gekennzeichnet hatte.

Mehrere wesentliche Faktoren trieben die Auswanderung in den frühen 1920er Jahren in die Höhe: Die Behinderung von Auswanderung im Ersten Weltkrieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte für viele Menschen bedeutet, daß sie ihren Entschluß zur Auswanderung zunächst aufschieben mußten. Die Auswanderung dieser Auswanderungswilligen konnte dann erst Anfang der 1920er Jahre realisiert werden. Manche waren auch darunter, die sich nunmehr sehr plötzlich auf den Weg machten, weil die Inflation in Deutschland ihre Geldreserven zusammenschmelzen ließ und sie ihren langfristigen Plan zur Auswanderung überstürzt umsetzen mußten.

Ebenfalls unmittelbar mit den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Inflation verbunden war die Auswanderung derjenigen, die schlichtweg aus der Krise mit der Hoffnung auf eine bessere Existenz flüchteten. Darüber hinaus gab es noch diejenigen – und das war ohne Zweifel ein erheblicher Teil – die aus den abgetretenen Gebieten des Reiches gekommen waren oder aus den Kolonien bzw. den deutschen Siedlungsgebieten in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa. Immerhin umfaßte dieser Gruppe mehr als 1 Million Menschen. Viele von ihnen sahen angesichts der Krise für sich keine Chance in Deutschland.

Mit der Stabilisierung der Währung Ende 1923 und den US-amerikanischen Einwanderungsbeschränkungen für das Jahr 1924 aber sanken die deutschen

Auswandererzahlen bis zum Ende der 1920er Jahre auf etwa die Hälfte des Wertes für 1923 deutlich ab. Mit dem Ende von Nachkriegskrise und Hyperinflation 1923 schwenkte also auch die deutsche Auswanderung auf den europäischen Trend abnehmender Auswandererzahlen ein. In der Weltwirtschaftskrise der frühen 1930er Jahre zählte Deutschland dann nur mehr 10.000 bis 15.000 Auswanderer pro Jahr.

Wie auch im 19. Jahrhundert gab es dabei klare regionale Ungleichgewichte: Besonders hohe Auswanderungsraten nach dem Ersten Weltkrieg verzeichneten Baden und Württemberg, Posen-Westpreußen, Schleswig-Holstein und Hannover, Oldenburg und Bayern. In Bayern ist insofern eine wesentliche Entwicklung auszumachen, als hier bis zum Ende der 1920er Jahre der Anteil an der deutschen Auswanderung immer größer wurde. Lag der bayerische Anteil 1922/1923 nur um 15 Prozentpunkte über dem Reichsdurchschnitt, wuchs er bis 1928 auf 59 Prozentpunkte an, um danach bis 1933 auf 19 Prozentpunkte wieder abzusinken. Dabei lassen sich das bayerische Kernland und die Pfalz wiederum klar unterscheiden. In der Auswanderungswelle Anfang der 1920er Jahre blieb die Auswanderung aus der Pfalz weit unterdurchschnittlich und erreichte nicht einmal die Hälfte des durchschnittlichen Anteils im Reich. Danach aber stieg der pfälzische Anteil sehr stark an und überschritt den Reichsdurchschnitt 1930 um 74 Prozentpunkte. Regionale Studien wären erforderlich, um diese Entwicklung näher erklären zu können.

Der Rückgang der europäischen Auswanderung in den beiden Zwischenkriegsjahrzehnten ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. In vielen Herkunftsländern führte die wirtschaftliche Depression zur Verringerung der Möglichkeiten potentieller Auswanderer, den Weg über den Atlantik zu finanzieren und Startkapital für den Neubeginn zu sammeln. Viele Herkunftsländer beschränkten zudem mit ganz unterschiedlichen Maßnahmen protektionistischer Migrati-

onspolitik die Auswanderung. Auch in Deutschland wuchs die Einflußnahme des Staates auf Umfang und Richtung der Auswanderung.

Ausdruck des zunehmenden staatlichen Interesses war hier im Mai 1918 die Gründung der ›Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderungsstelle)‹. Sie wurde ein Jahr später umbenannt und aufgewertet als ›Reichsamt für deutsche Einwanderung, Rückwanderung und Auswanderung (Reichswanderung)‹ um Anfang 1924 dann in Kompetenz und Ausstattung in eine untergeordnete ›Reichsstelle für das Auswanderungswesen‹ zurückgestuft zu werden. Ihre Hauptaufgabe lag in der Kontrolle und Lenkung von Auswanderung aus dem Reich.

Die Reichsstelle bzw. das Reichsamt sollte zum einen die Auswanderer schützen durch Bereitstellung von Informationsmaterial über die Situation in den verschiedenen Einwanderungsländern, über wirtschaftliche Chancen und Gefahren sowie durch die Bekämpfung von Organisationen und Agenten, die im Verdacht standen, Auswanderer übervorteilen zu wollen. Zum andern ging es eindeutig auch um die Kontrolle der Auswanderung: Ein weit ausgebautes Zweigstellennetz diente der bis 1924 obligatorischen Auswandererberatung. Sie war das wichtigste Mittel der staatlichen Lenkung von Auswanderung, die nur indirekt über diese Beratung realisiert werden konnte, weil die Weimarer Reichsverfassung Auswanderungsfreiheit zusicherte.

Es ging bei der Auswandererberatung vor allem darum, den Abzug von qualifizierten Arbeitskräften zu verhindern. Galt eine Auswanderung für den deutschen Arbeitsmarkt als verkraftbar, so sollte sie möglichst in solche Gebiete erfolgen, die geschlossene Ansiedlungen von Deutschen zuließen. Vor allem war eine Ansiedlung in Südamerika erwünscht. Hier erschien es möglich, auf Dauer geschlossene deutsche Siedlungen zu etablieren, die – so die Vorstellung – das ›Deutschtum‹ der Auswanderer erhalten ließen. Zugleich könnten sie als Ab-

nehmer deutscher Waren der wirtschaftlichen Entwicklung im Reich über die Steigerung des Exports nützlich sein.

Solche protektionistischen Tendenzen der Wanderungspolitik zeigten sich nicht nur in den Herkunftsländern, die ihre Maßnahmen zur Kontrolle von Migration im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich verstärkten. Die USA als wichtigstes Zielland der europäischen Auswanderung verfolgte ebenfalls eine zunehmend restriktivere Einwanderungspolitik. Wirtschaftliche Ursachen standen dabei nicht im Vordergrund; denn die USA befanden sich als eigentliche wirtschaftliche Kriegsgewinnerin in den 1920er Jahren in einer Prosperitätsphase. Ursache für die restriktive Kontingentierung der Einwanderung war vielmehr ein neuer nativistischer Fundamentalismus, gepaart mit einer durch den Hetze gegen alles ›Unamerikanische‹ im Krieg angefachten Rassismus.

Mit den Einwanderungsbeschränkungen von 1921, 1924 und 1927 wurden immer weiter abgesenkte Quoten für die einzelnen Herkunftsländer eingeführt. Sie richteten sich vor allem gegen die seit Ende des 19. Jahrhunderts dominierende Einwanderung aus Ost-, Ostmittel-, Südost- und Südeuropa. Wie intendiert, verschob sich die Zusammensetzung der europäischen Einwanderung nach Herkunftsländern: Im letzten statistischen Vorkriegsjahrfünft von 1910 bis 1915 war die ›Neue Einwanderung‹ noch dreifach stärker als die ›Alte Einwanderung‹ aus West-, Mittel- und Nordeuropa. In den 1920er Jahren ging dieses eindeutige Übergewicht klar zurück, die Länder der ›Neuen Einwanderung‹ lagen mit einem Anteil an der europäischen Gesamteinwanderung von 54% nur noch knapp über den Werten für die ›Alte Einwanderung‹.

Hinzu kam, daß die Quotenregelung die Einwanderung sehr stark bürokratisierte und über restriktive Ausführungsbestimmungen dazu beitrug, daß die Quoten durchweg unterschritten wurden. Die restriktive Kontingentierung wirkte also auch über die relativ niedrig angesetzten jährlichen Maxima hinaus stark drosselnd auf die europäische Einwanderung bis zum Zweiten Weltkrieg. Außerdem

traf die schwere und lange Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre die USA – und auch andere wichtige Einwanderungsländer – zum Teil stärker als die Herkunftsländer. Die Attraktivität der Zielgebiete ließ damit abrupt nach.

Weitere wesentliche Folgen der Quotenregelung der USA für das gesamte Wanderungsgeschehen werden im Vergleich der wichtigsten Zielländern der europäischen Auswanderung deutlich: Bei einem insgesamt verringerten Wanderungsvolumen kam es zu einer klar erkennbaren Richtungsverlagerung der Auswandererströme – weg von den USA und hin zu lateinamerikanischen Staaten, Kanada, Australien und Neuseeland. Unter den vier Haupteinwanderungsländern der Welt, Argentinien, Brasilien, Kanada und die USA, hatten die USA im Zeitraum 1901 bis 1905 ca. 77% aller Einwanderer aufgenommen. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre waren es demgegenüber nur noch 32%. Die Weltwirtschaftskrise, die die USA besonders hart traf, ließ bei einer nochmaligen Verringerung des Gesamtvolumens der Einwanderung den Anteil der USA weiter sinken: In diesem Zeitraum verzeichneten Argentinien und Brasilien erstmals absolut höhere Einwandererzahlen als die USA.

Die Weltwirtschaftskrise trug auch erheblich dazu bei, Rückwanderungstendenzen zu verstärken, ein großer Teil der europäischen Auswanderungsländer erreichte in den 1930er Jahren erstmals eine positive Wanderungsbilanz. Überseeische Auswanderung war zwischen der Weltwirtschaftskrise und dem Beginn des Zweiten Weltkriegs kein Faktor mehr, der die Bevölkerungsentwicklung Europas entscheidend beeinflusste. Das galt zumal für den Zweiten Weltkrieg selbst, der überseeische Auswanderung weithin blockierte.

Der Zweite Weltkrieg hatte die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen – und darunter nicht zuletzt auch Displaced Persons, Flüchtlinge, Vertriebene, Umgesiedelte, Kriegsgefangene und Ausgebombte – zerstört; Auswanderung erschien vielen als *der* Weg aus der Trümmerlandschaft Europas.

Die Auswanderung der unmittelbaren Nachkriegszeit unterschied sich ganz wesentlich von jener des 19. und frühen 20. Jahrhunderts: Von den Auswanderern selbst organisierte, gleichsam private Auswanderungen traten weit in den Hintergrund. Einen wesentlichen Anteil an den überseeischen Auswanderungen aus dem Nachkriegsdeutschland hatte die von internationalen Hilfsorganisationen durchgeführte Auswanderung der Displaced Persons, den ehemaligen Zwangsarbeitern in der deutschen Kriegswirtschaft, die überwiegend aus Osteuropa stammten. Von den insgesamt gezählten 11 Millionen DPs aus 20 Nationalitäten gelangte der größte Teil noch im Jahre 1945 in ihre Heimatländer zurück. Über ein international abgestimmtes Aufnahmeprogramm konnten zwischen 1947 und 1951 mehr als 700.000 DPs aus den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands bzw. der Bundesrepublik Deutschland auswandern. Wichtigstes Ziel waren die USA sowie Australien und Kanada.

In den anderthalb Jahrzehnten zwischen 1946 und 1961 gingen insgesamt 780.000 Deutsche nach Übersee. 385.000 hatten die Vereinigten Staaten als Ziel, 235.000 Kanada und 80.000 Australien. Weitere 80.000 Deutsche zog es in »sonstige« Länder. Das war die stärkste Auswanderungsbewegung aus Deutschland im 20. Jahrhundert.

Unmittelbar nach Kriegsende blieben dabei die Auswanderungsmöglichkeiten für Deutsche aufgrund von Regelungen der alliierten Besatzer zunächst noch sehr beschränkt und galten nur für Ehepartner und Kinder ausländischer Staatsangehöriger bzw. anerkannte Verfolgte des nationalsozialistischen Regimes. Außerdem gab es weltweit kaum ein Land, das deutsche Einwanderer zugelassen hätte. Deshalb blieb die Zahl der deutschen Überseeauswanderer zwischen 1945 und 1948 auch auf rund 32.000 beschränkt. Erst mit der Gründung der Bundesrepublik wurde die Auswanderung wieder freigegeben, und auch die wichtigsten Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien zeigten sich be-

reit, die Einreise von Deutschen zu akzeptieren. Das war die Voraussetzung für den explosionsartigen Anstieg der Auswandererzahlen Anfang der 1950er Jahre.

Bis dahin waren innereuropäische Wanderungsziele für Deutsche wesentlich wichtiger gewesen. 180.000 deutsche Einwanderer zählten 1945–1952 die westeuropäischen Staaten, darunter vor allem Frankreich (75.000) und Großbritannien (52.000). Zahlreiche Anwerbekommissionen aus diesen Ländern, später aber auch aus Australien, Kanada und anderen Staaten waren in den westlichen Besatzungszonen und der frühen Bundesrepublik tätig. Arbeitskräfte aus Westdeutschland, die gezielt entsprechend den Wünschen der jeweiligen Arbeitgeber angeworben wurden, sollten den Arbeitskräftemangel in den Anwerbeländern überwinden helfen.

Anfang der 1950er Jahren betrieb die Bundesregierung vor dem Hintergrund starker Auswanderungen noch Verhandlungen über die finanzielle Unterstützung deutscher Auswanderer durch die verschiedenen Einwanderungsländern. Gleichzeitig aber begannen gleichzeitig bereits die ersten Planungen und Vorbereitungen für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft. Erstes Ergebnis war der 1955 abgeschlossene Anwerbevertrag mit Italien, der die Phase der millionenfachen Einreise und Beschäftigung ausländischer Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik Deutschland einleitete, die bis zum ›Anwerbestopp‹ 1973 andauerte. Und damit war Deutschland endgültig vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland geworden.

Ich danke ihnen.